

Ist rationale Kommunikation im Sinne von Jürgen Habermas realisierbar, um so "die demokratische Gesellschaft zu retten"?

Eine wichtige und vielschichtige Frage. Lass mich sie direkt angehen – ohne Umweg über bloßes Referat.

Habermas' Anspruch: Was ist rationale Kommunikation?

Für Habermas ist **kommunikatives Handeln** das Kernelement demokratischer Legitimität: Sprecher erheben Geltungsansprüche (Wahrheit, Richtigkeit, Wahrhaftigkeit), die prinzipiell einlösbar sind – durch den **zwanglosen Zwang des besseren Arguments**. Der **ideale Sprechakt** setzt voraus:

- **Symmetrie:** Alle haben gleichen Zugang zum Diskurs
- **Herrschaftsfreiheit:** Keine strategische Verzerrung durch Macht oder Geld
- **Universalisierbarkeit:** Normen müssen von allen Betroffenen akzeptierbar sein

Das ist normativ radikal – und genau darin liegt sowohl seine Stärke als auch seine Angreifbarkeit.

Die drei großen Einwände

1. Der empirische Einwand (Luhmann, Bourdieu)

Kommunikation funktioniert *nie* herrschaftsfrei. Sprache selbst trägt symbolisches Kapital (Bourdieu). Systeme wie Recht, Wirtschaft oder Politik folgen ihrer eigenen Logik – sie sind für moralische Argumente strukturell geschlossen (Luhmann). Der ideale Diskurs ist dann nicht „regulatives Ideal“, sondern naives Wunschdenken.

Habermas' Antwort: Er gibt zu, dass reale Kommunikation verzerrt ist – die Theorie beschreibt ein *kontrafaktisches* Ideal, das in jeder alltäglichen Kommunikation implizit vorausgesetzt wird. Wer kommuniziert, beansprucht Verständigung – das ist keine Utopie, sondern Struktur der Sprache selbst.

2. Der agonistische Einwand (Mouffe, Laclau)

Chantal Mouffe argumentiert: Demokratie lebt *von* Konflikt, nicht von Konsens. Habermas' Modell depolitisiert, indem es echte Machtasymmetrien und hegemoniale Kämpfe in „Diskurs“ auflöst. Politik ist nicht Argumentation, sondern Artikulation von Identitäten und Antagonismen.

Gewicht: Dieser Einwand trifft. Habermas unterschätzt, wie tief Wertekonflikte sind – und wie oft sie nicht durch Argument, sondern durch Institutionalisierung von Kompromissen befriedet werden.

3. Der kognitionswissenschaftliche Einwand (Kahneman, Mercier/Sperber)

Menschen rationalisieren post-hoc. Das „Argument“ ist oft Rationalisierung von Intuition. Mercier & Sperber zeigen: Argumentation evolvierte zur *sozialen* Überzeugung, nicht zur Wahrheitssuche. Unter Bedingungen von Polarisierung, Social Media und Deepfakes ist das Habermas'sche Subjekt – das auf bessere Argumente reagiert – empirisch kaum auffindbar.

Was bedeutet das für „die demokratische Gesellschaft retten“?

Hier liegt eine **kategorische Verschiebung**, die man nicht übersehen darf:

Habermas selbst sagt nicht, rationale Kommunikation *rettet* Demokratie wie ein Feuerlöscher. Seine Theorie ist **diagnostisch und normativ** – sie erklärt, *warum* Demokratie ohne kommunikatives Fundament degeneriert (zu bloßer Aggregation von Interessen, zu Populismus, zu Technokratie).

Die produktivere Frage lautet deshalb: **Welche Institutionen können kommunikative Rationalität annähern?**

Und da gibt es durchaus realistische Kandidaten:

Institution	Habermas'scher Gehalt
Verfassungsgerichtsbarkeit	Öffentliche Begründungspflicht
Deliberative Mini-Publics (Bürgerräte)	Annäherung an symmetrischen Diskurs
Qualitätsjournalismus	Öffentliche Sphäre als Diskursraum
Verfahrensregeln in Parlamenten	Formalisierung von Geltungsansprüchen

Das Vorarlberger Modell, über das wir schon gesprochen haben, ist hier ein interessantes reales Experiment.

Mein Urteil

Habermas' Programm ist nicht naiv, aber es wird häufig naiv rezipiert.

Die Theorie kommunikativer Rationalität ist *nicht* die Behauptung, Menschen würden sich immer an besseren Argumenten orientieren. Sie ist die Behauptung, dass **Legitimität in modernen Gesellschaften strukturell auf der Unterstellung von Begründbarkeit beruht** –

und dass dieser Anspruch institutionell einlösbar sein muss, wenn Demokratie nicht zur bloßen Machtarithmetik werden soll.

Das ist realistisch genug, um ernst genommen zu werden – aber es reicht *allein* nicht. Habermas braucht Ergänzung durch:

- **agonistische Institutionen** (Mouffe): Konflikt produktiv kanalisieren, nicht wegdiskutieren
- **kognitive Infrastruktur**: Medienkompetenz, epistemische Bedingungen für öffentliche Vernunft
- **Machtanalyse**: Wer kontrolliert den Diskursraum? (eine Frage, die Habermas zu wenig stellt)

Die demokratische Gesellschaft „retten“ kann rationale Kommunikation nicht allein – aber ohne das normative Ideal, das sie verkörpert, fehlt der Demokratie ihr eigenes Kriterium zur Selbstkritik.

Interessiert dich besonders die institutionelle Seite (wie man Habermas'sche Diskursräume real gestalten könnte), oder eher die philosophische Auseinandersetzung mit den Gegentheorien – Mouffe, Luhmann, oder vielleicht Rawls als verwandte Alternative?

Wie kam es trotz des Vorarlberger Modells zu einer Regierungsbeteiligung von Rechtspopulisten auf Landesebene?

Eine sehr gute Frage – und sie enthüllt einen wichtigen analytischen Knoten: **Das Vorarlberger Modell deliberativer Demokratie und der rechtspopulistische Wahlerfolg sind kein Widerspruch, sondern existieren auf verschiedenen Ebenen.**

Hier die Rekonstruktion:

Was faktisch passiert ist

Bei der Landtagswahl am 13. Oktober 2024 konnte die FPÖ ihren Stimmenanteil verdoppeln und erzielte ihr bestes Ergebnis. Die FPÖ kam auf 28 Prozent, während die ÖVP mit 38,3 Prozent ihr schlechtestes Landesergebnis einfuhr. Die Grünen verloren gut sechs Punkte und rutschten auf 12,5 Prozent ab.

Die Parteispitzen von ÖVP und FPÖ einigten sich auf einen Koalitionsvertrag; die neue Landesregierung besteht aus fünf ÖVP- und zwei FPÖ-Mitgliedern. Seit ihrer Angelobung am 6. November 2024 ist die schwarz-blaue Koalition die zweite Periode der Regierungszusammenarbeit von ÖVP und FPÖ auf Vorarlberger Landesebene – die erste war nach der Ibiza-Ära kurzzeitig unterbrochen worden.

Warum erklärt das Vorarlberger Modell das nicht?

Hier sind die entscheidenden analytischen Ebenen:

1. Das Modell betrifft Prozesse, nicht Wahlergebnisse

Der Vorarlberger Bürgerrat und die deliberativen Formate beziehen sich auf **Sachfragen** (Wohnen, Klima, Gemeindeplanung) – sie sind **kein Immunisierungsprogramm gegen populistische Wahlentscheidungen**. Die Bürger, die morgens an einem Bürgerrat teilnehmen, können abends trotzdem aus Protest oder Unzufriedenheit die FPÖ wählen. Partizipation und Wahlverhalten sind verschiedene Kanäle.

2. Die ÖVP hat die Koalition bewusst gewählt

Wallner hatte nach der Wahl rechnerisch die Wahl: Eine Zweierkoalition war sowohl mit der FPÖ als auch mit den Grünen möglich. Er entschied sich aktiv für die FPÖ – nicht weil er musste, sondern weil er den Wahlausgang als inhaltlichen Richtungsauftrag interpretierte. Dass sich viele potenzielle Oppositionswähler in letzter Minute für die ÖVP entschieden hatten, um einen Landeshauptmann Bitschi zu verhindern, zeigt, dass das Ergebnis selbst nicht eindeutig für Schwarz-Blau sprach.

3. Strukturelle Kontinuität: FPÖ in Vorarlberg ist kein Novum

Eine schwarz-blaue Koalition ist in Vorarlberg kein Novum – die FPÖ war seit 1945 an einem Großteil der Landesregierungen beteiligt. Vorarlberg hat also eine lange Tradition der ÖVP-FPÖ-Zusammenarbeit, die unabhängig vom deliberativen Modell existiert. Bürgerräte und FPÖ-Regierungsbeteiligung schließen sich dort historisch nicht aus.

4. Der Kontext: Bundesdynamik überlagert Landesebene

Die Vorarlberger Landtagswahl fand unmittelbar nach der Nationalratswahl 2024 statt, bei der die FPÖ österreichweit stärkste Partei wurde. Der Aufschwung war eine **Welle**, die auch in Vorarlberg ankam – unabhängig von den lokalen Partizipationsstrukturen. Bundespolitische Stimmungen dominieren oft Landeswahlen.

Die tiefere Spannung

Hier liegt ein echter theoretischer Befund, der über Vorarlberg hinausweist:

Deliberative Demokratie und elektorale Demokratie können auseinanderlaufen. Das Vorarlberger Modell stärkt Bürgerbeteiligung an konkreten Sachfragen – aber es verändert nicht die Grundbedingungen, die populistischen Aufschwung erzeugen: wirtschaftliche Unsicherheit, Migrationsdruck, Misstrauen gegenüber Eliten, Medienlogiken. Habermas würde sagen: Der **systemische Druck** (Wirtschaft, Machtpolitik) kolonisiert weiterhin die Lebenswelt – Bürgerräte allein können das nicht kompensieren.

Das Vorarlberger Modell ist also kein Gegenmittel gegen Rechtspopulismus, sondern ein Versuch, **Qualität demokratischer Entscheidungsprozesse** zu heben. Das ist wertvoll – aber es ist etwas anderes als Wählerverhalten zu verändern.

Für deine Demokratiekonferenz wäre das übrigens ein ehrlicher und produktiver Ausgangspunkt: **Was können partizipative Formate leisten – und was liegt jenseits ihrer Reichweite?**

Ist die Anwendung von Losverfahren im Sinne von David Van Reybrouck zielführender als Bürgerräte, wenn es darum geht, den angesprochenen Druck aus dem politischen System zu nehmen?

Eine Frage, die den Kern der Debatte trifft. Lass mich sie nicht ausweichen.

Was Van Reybrouck eigentlich behauptet

Van Reybroucks Diagnose in *Gegen Wahlen* ist präziser als oft rezipiert: Er beklagt das **Demokratische Müdigkeitssyndrom** – sinkende Wahlbeteiligung, wachsendes Misstrauen, Volatilität – und führt es nicht auf schlechte Politik zurück, sondern auf einen **strukturellen Konstruktionsfehler**: Wahlen selektieren systematisch Berufspolitiker, erzeugen permanente Wahlkampflogik und trennen Entscheidung von Betroffenheit.

Das Losverfahren (Sortition) ist für ihn kein romantischer Rückgriff auf Athen, sondern eine **institutionelle Antwort** auf genau diese Strukturprobleme.

Der entscheidende Unterschied zu Bürgerräten

Hier liegt eine Unterscheidung, die oft verwischt wird:

Dimension	Bürgerräte (Vorarlberg-Modell)	Sortition (Van Reybrouck)
Mandat	Beratend, nicht bindend	Potenziell legislativ
Verhältnis zur Repräsentation	Ergänzung	Teilweise Ersatz
Systemdruck	Bleibt im gewählten System	Verschiebt das System selbst
Legitimationsquelle	Partizipation	Deskriptive Repräsentativität
Reichweite	Einzelfragen	Institutionelle Architektur

Bürgerräte – auch das Vorarlberger Modell – operieren **innerhalb** der bestehenden Machtstruktur. Sie beraten, aber die gewählten Parlamente entscheiden. Der systemische Druck (Parteilogik, Wahlkampffinanzierung, Mediendynamik) bleibt vollständig erhalten. Das Vorarlberger Paradox, das wir gerade diskutiert haben, illustriert genau das.

Van Reybrouck geht weiter: Er will den **Mechanismus der Selektion** verändern, nicht nur Beteiligung hinzufügen.

Ist Sortition also zielführender?

Das Argument dafür – und es ist stark

1. Strukturelle Entkopplung von Wahlkampflogik Geloste Bürger haben keinen Wiederwahlreflex. Das ist nicht trivial: Ein Bürgerrat, der über Rentenreform oder CO₂-Steuer entscheidet, kann langfristig denken, weil er keine Wähler behalten muss. Das irische Beispiel (Verfassungskonvent 2012–2014, Citizens' Assembly 2016–2018) zeigt, dass geloste Bürger zu Entscheidungen kommen können, die Berufspolitiker aus Kalkül vermeiden – Abtreibungsrecht, Sterbehilfe.

2. Deskriptive Repräsentativität Ein Parlament aus Berufspolitikern ist soziodemografisch massiv verzerrt – nach Bildung, Einkommen, Herkunft, Geschlecht. Eine geloste Kammer repräsentiert die Bevölkerung *wie sie ist*. Das hat eine eigene Legitimationskraft, die über formale Beauftragung hinausgeht.

3. Entzug populistischer Projektionsfläche Rechtspopulismus lebt vom Gegensatz *Volk* vs. *Establishment*. Eine Institution, die buchstäblich aus dem Volk ausgelost wird, entzieht diesem Narrativ den Boden. Das ist vielleicht Van Reybroucks stärkstes Argument gegen Populismus – und es ist ein **systemisches**, kein kommunikatives.

Die Gegenargumente – und sie sind ebenfalls ernsthaft

1. Das Kompetenzproblem Komplexe Gesetzgebung (Steuerpolitik, Außenpolitik, Haushaltsrecht) erfordert spezialisiertes Wissen. Geloste Bürger können es erwerben – mit Unterstützung, Experten, Zeit –, aber das dauert, und es erzeugt neue Abhängigkeiten: Wer

wählt die Experten? Wer formuliert die Fragen? Das Sekretariat und der Beraterstab gewinnen enorme Macht.

2. Das Manipulationsproblem Deliberative Prozesse sind anfällig für **Framing**. Wer die Agenda setzt, steuert das Ergebnis. Bei gewählten Parlamenten gibt es wenigstens pluralistische Fraktionen, die sich gegenseitig kontrollieren. Bei einer gelosten Kammer hängt viel von der Moderation ab – eine neue Einfallstür für systemischen Druck.

3. Das Akzeptanzproblem Demokratische Legitimität hängt historisch an der Idee des freien Mandats durch Wahl. Eine geloste Kammer, die ein umstrittenes Gesetz verabschiedet, wird sofort mit der Frage konfrontiert: *Wer hat euch gewählt?* Ohne robuste Legitimationstheorie in der Öffentlichkeit – die in Österreich oder Deutschland kaum vorhanden ist – bleibt das eine Achillesferse.

4. Das Kontinuitätsproblem Institutionelles Gedächtnis entsteht durch Wiederholung und Erfahrung. Geloste Bürger kommen und gehen. Die Kontinuität übernehmen dann Verwaltung und Experten – also genau jene Gruppen, denen das Establishment-Misstrauen gilt.

Die eigentliche Antwort auf deine Frage

Van Reybroucks Modell ist **zielführender als reine Bürgerräte**, wenn das Ziel ist, systemischen Druck zu reduzieren – aber aus einem Grund, der oft übersehen wird:

Bürgerräte addieren Partizipation. Sortition verändert Selektion.

Das ist der qualitative Sprung. Nur wer den Selektionsmechanismus verändert, verändert die Anreizstruktur von Politik. Bürgerräte lassen den Wahlkampfreflex intakt. Sortition bricht ihn strukturell.

Allerdings – und das ist entscheidend – hat Van Reybrouck selbst nie behauptet, Wahlen *abzuschaffen*. Sein **birepräsentatives Modell** kombiniert gewählte und geloste Kammer. Der Druckabbau kommt nicht aus der Abschaffung von Wahlen, sondern aus der **Entlastung** der gewählten Kammer von Fragen, bei denen der Wahlkampfreflex besonders destruktiv ist.

Das heißt für deine Demokratiekonferenz: Die produktivste Frage ist nicht *Bürgerrat oder Sortition*, sondern: **Für welche Entscheidungstypen ist welche Form der Beteiligung strukturell geeignet?** Und wer in Österreich könnte den institutionellen Mut aufbringen, den nächsten Schritt über beratende Bürgerräte hinaus zu gehen?